

## KEIN SICHERER ORT



Angriff auf die Flüchtlingsunterkunft in Waßmannsdorf

Als am 9. Oktober Neonazis in Waßmannsdorf versuchten, in das dortige Flüchtlingsheim zu gelangen, scheiterten sie nur an den Feuerschutztüren. Eine mit Farbe gefüllte Flasche, die sie durch ein Fenster warfen, zerschellte knapp über dem Kopf einer schlafenden Afghanin. An den Wänden des Heimes hinterließen die Täter außer-

dem ein Hakenkreuz und den Schriftzug „NW-Berlin“, „Nationaler Widerstand Berlin“. Zudem war zu lesen: „Rostock ist überall“, womit die Täter auf das rassistische Pogrom von Rostock-Lichtenhagen anspielten, das sich im August zum 20. Mal jährte. Damals hatte ein Mob aus organisierten Neonazis und Teilen der Bevölkerung die zentrale

Aufnahmestelle für Flüchtlinge angegriffen und ein von vietnamesischen VertragsarbeiterInnen bewohntes Haus in Brand gesetzt. Tausende Menschen sahen dabei zu und applaudierten.

Während antirassistische Gruppen eine Demonstration zum Heim in Waßmannsdorf organisierten, um ihre Solidarität mit den Angegriffenen auszudrücken, stellte das lokale Verkehrsunternehmen seine Fahrpläne nur wenige Tage nach dem Angriff so um, dass die Flüchtlinge nur noch auf einem sehr langen Fußweg von der Haltestelle zur Unterkunft kommen. Dies bedeutet für die Flüchtlinge, die Angst vor weiteren Angriffen haben, eine weitere Verschlechterung ihrer Situation.

Der Angriff war einer der aufsehenerregendsten, aber nicht der einzige, der in den letzten Monaten unter dem Label „NW Berlin“ in Brandenburg verübt wurde. Dies gibt uns Anlass, die Aktivitäten des militanten Neonazi-Netzwerks verstärkt in den Blick zu nehmen und über seine Aktionen zu informieren.

*Opferperspektive e.V.*

### INHALT

#### THEMA

Das Treiben Berliner Neonazis in Brandenburg

#### IM GESPRÄCH

„Jetzt erst recht, habe ich mir gesagt!“

#### ANERKENNUNG

TODESOPFER RECHTER GEWALT  
Gegen das Vergessen

#### MELDUNG

Für eine umfassende Aufklärung

#### BERICHT

Jede Spende hilft

### MONITOR

## Eine Spur der Gewalt

Bereits im März erschien in Seelow neben Hakenkreuzschmiereien der Schriftzug „NW-Berlin“. Dies war der erste Hinweis auf Aktivitäten der rechten Gruppe in Brandenburg.

Als im Juli an vier weiteren Orten Hakenkreuze und Keltenkreuze auftauchten und Neonazis vor das Haus eines jungen Alternativen in Storkow dessen Name und die Worte „Game Over“ sprühten, fehlte ebenfalls in keinem der Fälle der Hinweis auf das Berliner Netzwerk. Im gleichen Monat fand in Hennigsdorf - anlässlich des 99. Geburtstags des SS-Kriegsverbrechers

Erich Priebke – ein unangemeldeter Fackelmarsch statt, über den auf der Internetseite des „NW-Berlin“ berichtet wurde. Dieser knüpfte damit symbolisch an die Aktionen der kürzlich verbotenen Gruppe „Spreelichter“ an. Am Morgen des 7. Oktober verübten Neonazis einen Anschlag auf das Wohnhaus des Sprechers der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“. Dabei entstand ein erheblicher Sachschaden, verletzt wurde zum Glück niemand. In einer der darauffolgenden Nächte wurde das Flüchtlingsheim in Waßmannsdorf angegriffen.

## Das Treiben Berliner Neonazis in Brandenburg



Neonazi-Schmiereien am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus in Zossen

Der „Nationale Widerstand Berlin“ gehört zu den aktivsten und gewalttätigsten Neonazi-Gruppen. Nachdem auf dessen Internetseite politische GegnerInnen und linke Läden gelistet wurden, gab es zahlreiche Bedrohungen, Angriffe und Anschläge. Die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ (MBR-Berlin) zählte an die 150 solcher Fälle. In ihrer Chronik begann die Initiative im Winter 2009, nachdem es zu sogenannten „Anti-Antifa-Aktionen“ in Berlin gekommen war. Anschlagziele waren vor allem linke Einrichtungen wie Kneipen, Buchläden, Anwaltskanzleien, Hausprojekte sowie Büros der Partei „Die Linke“. Mittlerweile betrifft dies ebenso Einrichtungen der SPD und der ihr nahestehenden Organisationen. Der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und der Polizei war bisher das Vorgehen gegen den „NW Berlin“ und des-

sen Internetplattform nicht besonders wichtig. Mit den Anschlägen gegen SPD-Einrichtungen und Bezirkspolitiker änderte sich dies. Nun machen auch SPD-PolitikerInnen und deren Jugendorganisation Druck, damit gegen die TäterInnen ermittelt wird. Bisher scheiterten jedoch die Versuche juristisch gegen die Internetseite vorzugehen, da sich der Server der Seite in den USA befindet und damit für deutsche Behörden nicht erreichbar ist.

Seit März 2012 weitet das Neonazi-Netzwerk seine Aktivitäten auf Brandenburg aus. Bei den nächtlichen Attacken in Berlin und Brandenburg am 9. Oktober, dem 105. Geburtstag des Berliner SA-Sturmführers Horst Wessel, hinterließen die Neonazis von „NW Berlin“ überall ihren Schriftzug und bekannten sich so öffentlich zu ihren Taten.

## IM GESPRÄCH

### „Jetzt erst recht, habe ich mir gesagt!“

Hagen L. engagiert sich seit drei Jahren in der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“. Anlässe waren damals die Versuche des Holocaust-Leugners Rainer Links, die Verlegung von Stolpersteinen vor seinem Haus zu sabotieren sowie die Störaktionen der Rechten zum Holocaust-Gedenken im Januar 2009. Seit der Gründung der Bürgerinitiative gab es immer wieder Angriffe und Bedrohungen von Neonazis gegen engagierte BürgerInnen. 2010 wurde das „Haus der Demokratie“ infolge eines Brandanschlages vollständig zerstört. Am Haus von Hagen L., mit dem wir das folgende Interview führten, hinterließen Neonazis eine an ihn namentlich adressierte Morddrohung.

#### Warum ist es für dich wichtig, sich gegen Neonazis zu engagieren?

Faschisten und Nazis sind verantwortlich für die schlimmsten Verbrechen des vergangenen Jahrhunderts. Neonazis propagieren ihre unmenschliche Ide-

ologie weiter und nicht nur das: Von ihnen geht Gewalt und Zerstörung aus. Sie gefährden das friedliche Zusammenleben und die Demokratie. Besonders erschreckt mich, wie weit verbreitet rechtsextremes und rassistisches Gedankengut in der Bevölkerung ist, bei Jung und Alt. Wer wachen Auges durchs Leben geht, wird damit oft auch vor seiner Haustür konfrontiert – leider auch in Zossen, wie die Ereignisse der vergangenen Jahre zeigen! Da hilft es nicht, den Kopf in den Sand zu stecken oder zu verharmlosen.

#### Hattest du damit gerechnet, so sehr in den Fokus der Neonazis zu geraten?

Zuerst hat mich die Dreistigkeit der Nazis überrascht: Dass nochmal ein Haus in Deutschland brennt, hatte ich nicht für möglich gehalten!

Dass es darüber hinaus auch so persönlich wird, damit habe ich auch nicht gerechnet.

#### Hat sich seit der Morddrohung etwas für dich verändert?

Ich habe viel Anteilnahme und Unterstützung von Freunden und Bekannten erhalten. Das schweiß zusammen. Aber es verändert auch: Man wird misstrauisch, sensibler, vorsichtiger, denkt an die Sicherheit seiner Familie. Man zweifelt an der staatlichen Ordnungsmacht. Und es hat mich wütend gemacht. Jetzt erst recht, habe ich mir gesagt!

#### Was glaubst du, was weiterhin getan werden muss?

Der Spuk ist nicht vorbei. Wie die jüngsten Vorfälle in Zossen zeigen, müssen wir uns weiter engagieren und wir brauchen eine breite Unterstützung.

Neben direkten Aktionen gegen die Aktivitäten der Neonazis sind Aufklärung und gelebte Demokratie gepaart mit Transparenz und Öffentlichkeit die besten Waffen gegen rechtsextreme Umtriebe und deren Einfluss auf die Bevölkerung.

## Gegen das Vergessen

Von den Menschen, die seit 1990 in Brandenburg infolge rechter Gewalt starben, wurde ein Drittel aus sozialdarwinistischen Motiven getötet. Eines der Opfer war Rolf Schulze. An ihn erinnerten am 7. November 2012, genau zwanzig Jahre nach der Tat, fünfzig TeilnehmerInnen einer Gedenkkundgebung in Lehnin – nur wenige Kilometer von dem Ort entfernt, am dem der obdachlose Rolf Schulze ermordet wurde. Unter einem Vorwand, hatten die drei Täter ihn am Bahnhof Schönefeld in ihr Auto gelockt und an den Kolpinsee gefahren. Dort traten sie zunächst mit Springerstiefeln auf ihn ein und warfen ihm eine fünf Kilogramm schwere Propangasflasche auf den Kopf. Anschließend drückten sie seinen Kopf minutenlang unter Wasser, wobei Rolf Schulze laut Obduktionsbericht ertrank, bevor sie ihr Opfer schließlich mit Benzin übergossen und anzündeten. Rolf Schulze wurde am nächsten Tag von einem Angler gefunden. Die Täter konnten nach kurzer Zeit gefasst werden, weil sie sich in verschiedenen Diskotheken mit ihrer Tat rühmten. Bei seiner Festnahme sagte einer der Täter, sie hätten Rolf Schulze „aus purer Lust an Gewalt und Töten“ um-



Rolf Schulze wurde von Neonazis nach Schlägen und Tritten im Kolpinsee ertränkt.

gebracht. Während des Verfahrens fiel zudem die Aussage, dass „solche Menschen [...] kein Recht“ hätten, „unter der strahlenden Sonne zu leben.“ Das Gericht verurteilte die drei Täter, die sich offen zu ihrer Mitgliedschaft in der „Nationalistischen Front“ und in der Wehrsportgruppe „Schönefelder Sturmtruppe“ bekannten, nach dem Jugendstrafrecht zu sechseinhalb, sieben und neun Jahren Gefängnis. Wie in vielen anderen Fällen tödlicher rechter

Gewalt wurde auch über den Mord an Rolf Schulze lange geschwiegen - die diesjährige Gedenkveranstaltung war die erste ihrer Art. Wichtig ist, dass ihr weitere folgen. Auch das Anbringen einer Gedenktafel gehört zu den Zielen des Bündnisses, das in Lehnin an Rolf Schulze erinnert. Denn nur ein andauerndes Erinnern kann dafür sorgen, dass Rolf Schulze und die Grausamkeiten, die ihm angetan wurde, nicht in Vergessenheit geraten.

## Einsatz für Anerkennung

Seit vielen Jahren fordert die Opferperspektive, dass rechte Gewalttaten als solche öffentlich benannt werden. Denn während der Verein von mindestens 27 Todesopfern und weiteren fünf Verdachtsfällen seit 1990 in Brandenburg ausgeht, finden sich bisher nur neun dieser Fälle als rechte Morde in der offiziellen Statistik wieder. Umso begrüßenswerter ist es, dass Anfang November auch der Brandenburgische Innenminister Dietmar Woidke eine Überprüfung der bisher nicht anerkannten Fälle ankündigte. „Wenn Tötungsverbrechen in unserem Land einen rechtsextremistischen Hintergrund hatten“, so Woidke, „muss das die Öffentlichkeit in jedem einzelnen Fall wissen. Das sind wir vor allem den Op-

fern und ihren Angehörigen schuldig.“ Bundesweit sind lediglich 63 Morde als rechte Gewalttaten eingestuft worden, die Opferperspektive geht von mindestens 169 Menschen aus, die in Folge rechter Gewalt starben.

Wichtig ist nun, dass die Überprüfung der Verdachtsfälle in Brandenburg nicht nur polizei-intern erfolgt, sondern von einem Gremium unabhängiger Sachverständiger vorgenommen wird. Vor allem bei den Tötungsdelikten aus den 1990er Jahren ist davon auszugehen, dass von Seiten der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden einem politischen Hintergrund nicht hinreichend nachgegangen wurde und in Folge dessen eine mögliche politische Motivation der Täter im Gerichtsverfahren

keine Beachtung fand.

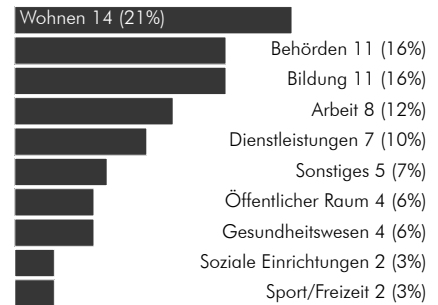
Es geht darum, das tatsächliche Ausmaß rechter Gewalt in den gesellschaftlichen Fokus zu stellen und die menschenfeindlichen Einstellungen der Täter deutlich zu machen. Die Taten wie bisher als „unpolitisch“ zu erklären, wird den Opfern wie z.B. Emil Wendland, der 1992 von einer Gruppe Neonazis angegriffen und schließlich mit sieben Stichen in den Oberkörper getötet wurde, nicht gerecht.

An sie zu erinnern, heißt auch über die Motive zu sprechen, wegen denen sie ermordet wurden. Die Ankündigung Woidkes, die betreffenden Fälle auf rechte Hintergründe zu prüfen, ist da nur ein erster, wenn auch wichtiger Schritt.

## Einblicke in die Arbeit der Antidiskriminierungsberatung

Den Menschen, die in Brandenburg rassistisch diskriminiert werden, fehlen vielerorts Anlauf- und Beratungsstellen. In Reaktion darauf gründete sich im September 2009 die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg. Ihr Ziel ist es vor allem, landesweit Betroffene von rassistischer Diskriminierung zu unterstützen, indem sie diese über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert. Damit sollen

die Betroffenen in die Lage versetzt werden, sich gegen ihre Ungleichbehandlung wehren zu können. Von September 2009 bis Juni 2012 unterstützte die Antidiskriminierungsberatung Brandenburg neunzig Menschen in insgesamt 68 Fällen von Diskriminierung. In welchen Bereichen Diskriminierung konkret stattfindet, soll anhand der folgenden Grafik deutlich gemacht werden.



Diskriminierungsbereiche  
September 2009 bis Juni 2012

## MELDUNG

### Für eine umfassende Aufklärung

Am 4. November jährte sich die Aufdeckung der NSU-Mordserie zum ersten Mal. Aus diesem Anlass hatten sich bundesweit tausende Menschen an Demonstrationen und Mahnwachen beteiligt, um - wie es in einem der zahlreichen Aufrufe hieß - „ein lautes, vielfältiges und deutliches Zeichen gegen Rassismus und das Versagen staatlicher Institutionen“ zu setzen. Am 5. November verabschiedete zudem das „Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, dem neben 66 anderen Verbänden und Bürgerinitiativen auch die Opferperspektive angehört, einstimmig eine Stellungnahme. Darin heißt es:

„[...] Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Ermordeten und den durch die Sprengstoffanschläge Verletzten. Die ermittelnden Behörden haben Hinweise auf eine rassistische Tatmotivation offenbar ausgeblendet und stattdessen mit dem Einsetzen einer Sonderkommission »Bosporus« rassistische Klischees bedient. In den Medien wurden diese durch Schlagzeilen wie »Döner-Morde« noch verstärkt. Die Mordopfer und ihre Familien wurden verdächtigt, Teil organisierter Kriminalität zu sein. Wegen Ignoranz oder fehlender Sensibilität wurden Opfer zu Tätern gemacht. Das ist ein Skandal. Diese Taten und das Versagen der Sicherheitsbehörden müssen aufgeklärt werden. Was seit November

2011 über Ermittlungspannen, V-Männer, vernichtete Akten, zurückgehaltene Informationen und das Verweigern der Zusammenarbeit bekannt geworden ist, macht uns fassungslos. Der Schutz der Demokratie muss über dem Schutz des »V-Mann-Wesens« stehen. Eine Blockade des durch den Deutschen Bundestag eingesetzten Untersuchungsausschusses ist eine Blockade der Demokratie. Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit fordert deshalb eine sofortige und vollständige Offenlegung aller mit der NSU in Zusammenhang stehenden Akten und eine rückhaltlose Kooperation aller Behörden mit den NSU-Untersuchungsausschüssen.“

## IMPRESSUM



Opferperspektive e. V.  
Rudolf-Breitscheid-Straße 164  
14482 Potsdam  
Telefon: 0331 8170000  
Telefax: 0331 8170001  
E-Mail: [info@opferperspektive.de](mailto:info@opferperspektive.de)  
Internet: [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)  
Redaktion: Ulrike Imhof  
Lektorat: Antje Böttcher,  
Sherin Abu Ahouka  
Spendenkonto: 3813100  
Bank für Sozialwirtschaft  
Bankleitzahl: 100 205 00

## BERICHT

### Jede Spende hilft

Seit 15 Jahren rufen der Tagesspiegel und die Opferperspektive gemeinsam auf, für Orazio Giambianco zu spenden. Der heute 71-jährige Italiener war im September 1996 von Bielefeld nach Trebbin gekommen, um dort auf einer Baustelle zu arbeiten. Nur wenige Tage nach seiner Ankunft schlug ihm ein rechter Skinhead mit einem Baseballschläger gegen den Kopf. Sein Leben retteten zwei Notfalloperationen, doch Orazio Giambianco leidet seitdem an einer spastischen Lähmung, kann nur

mit Mühe sprechen und wird nie wieder richtig gehen können. Heute lebt er zusammen mit seiner Lebensgefährtin und deren Tochter wieder in Bielefeld. Beide Frauen betreuen Orazio Giambianco rund um die Uhr, seine Lebensgefährtin gab nach dem rechten Angriff ihren Beruf auf. Sie alle halten zusammen, jedoch ist die Pflege Schwerstarbeit. Hinzu kommt die Sorge um die zunehmende Verschlechterung seines Gesundheitszustands. Bei allen dreien lassen die Kräfte langsam nach.